

# Die Grenzen der Neutralität

## Hochriskante Geschäftsmodelle und geopolitische Verwicklungen. Über den Ausschluss der Mbaer Merchant Bank aus dem US-Dollar-System, die Macht des US-Finanzministeriums und die Probleme des Schweizer Finanzplatzes

Von Dominic Iten

Eine weitere Schweizer Bank ist Geschichte. Die Boulevardzeitung *Blick* spricht von einer »Hinrichtung« – und tatsächlich: Mit dem Ausschluss der Mbaer Merchant Bank aus dem US-Dollar-System wurde das Schicksal der Zürcher Bank quasi über Nacht besiegelt. Die nun anstehende Liquidation der Mbaer markiert einen weiteren Einschnitt in der Entwicklung des Schweizer Finanzplatzes und verdeutlicht einmal mehr, wie stark diese von außen getrieben wird.

Zum wiederholten Mal wirft der Fall einer Schweizer Bank außerdem die Frage auf: Wie sauber ist der Schweizer Finanzplatz? Wie stabil sind seine Finanzinstitute? Und wie wirksam sind die Instrumente der Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma)? Das »schmähliche Ende« der Mbaer untergrabe laut einem Bericht von *Bloomberg* (26.3.2026) »die jahrelangen Bemühungen der Schweiz, ihr Finanzsystem zu säubern und zu beweisen, dass Zürich und Genf kein einfacher Zufluchtsort mehr für Geld aus kriminellen Quellen« seien. Mbaer hätte Geschäfte betrieben wie im letzten Jahrhundert, ergänzt die Handelszeitung.

### Kleine Banken, großes Risiko

Doch die Erzählung, auf dem Schweizer Finanzplatz würde nur noch »sauberes« Geld herumgeschoben, war immer schon ein Märchen. Das Bankgeheimnis wurde nur punktuell aufgelöst. Schweizer Banken verwalten heute sowohl »sauberes« Geld aus ökonomisch und politisch gewichtigen Zentren als auch »schmutziges« Geld aus Staaten, denen für Amtshilfeverfahren oder sonstige juristische Anstrengungen die Durchsetzungskraft fehlt – eine Strategie, die seit Jahren als »Zebrastrategie« kritisiert wird.

Kurz gesagt: Staaten mit Gewicht und entsprechenden Druckmitteln konnten die Schweiz zur Aufgabe des Bankgeheimnisses zwingen – alle anderen nicht. Parallel dazu verlagerte sich das Hochrisikogeschäft weg von den großen Finanzinstituten hin zu kleineren Banken. Etwa zur Tessiner BSI SA oder zur Zürcher Falcon Private Bank, die beide im Zusammenhang mit internationalen

Korruptions- und Geldwäschereiskandalen von der Finma sanktioniert oder abgewickelt wurden.

Oder eben zur Mbaer Merchant Bank. Michael Bär gründete die Bank 2018 unter dem Motto »Back to the Roots von Swiss Banking«. Damit war der Nachfahre der traditionsreichen Julius Baer-Group-Familie angetreten, jene Kunden zu bedienen, die den großen Banken zu riskant geworden waren. Anscheinend mit Erfolg: Gemäß *Bloomberg* beschrieben Insider die Bank als »Reminiszenz an die freizügigeren Zeiten der Schweizer Finanzwelt – bevor die Konfrontation mit den USA wegen Steuerhinterziehung in den 2000er Jahren zu Sanierungsversuchen und dem Ende des absoluten Bankgeheimnisses führte«.

Damit verkörperte Michael Bär's Bank die Ausweichbewegung eines unter Druck geratenen Geschäftsmodells in risikoreiche Nischen, die Großbanken wie die UBS bereits vor Jahren aufgeben mussten. Es versteht sich von selbst, dass solche Risiken ihren Preis haben. *Bloomberg* berichtet, Mbaer habe ihren Kunden Zahlungsabwicklungsgebühren berechnet, die den üblichen Satz um das Zehnfache übertrafen – insbesondere bei Transaktionen, die von anderen Banken abgelehnt wurden. Ein lukratives Geschäft: Mbaer wuchs schnell und verwaltete Ende 2025 Kundenvermögen im Wert von 6,2 Milliarden US-Dollar, betreute 700 Kunden und beschäftigte 60 Mitarbeitende. Trotz dieses beachtlichen Wachstums blieb die Bank vergleichsweise klein – ein Grund, warum sie bei der Finma zunächst in die niedrigste Aufsichtskategorie fiel und als wenig riskant eingestuft wurde.

Erst vor rund drei Jahren wurden die Schweizer Behörden auf die Diskrepanz zwischen formaler Kategorisierung und tatsächlichem Risikoprofil der Bank aufmerksam. Hinweise auf gravierende Mängel ergaben sich im Zuge der vertieften Untersuchungen der Finma, die 2023 eingeleitet wurden. Das Fazit: unzureichende Kontrollen zur Geldwäschereibekämpfung, eine auffallend hohe Konzentration von Hochrisikokunden sowie Defizite in den Bereichen Governance (Unternehmensleitung) und Compliance (Regelkonformität). Nahezu sämtliche Kundengelder der jüngeren Zeit – rund 98 Prozent – wurden von der Finma als hochriskant eingestuft. Zugleich stellte die eidgenössische Aufsicht fest, dass grundlegende Sorgfaltspflichten systematisch missachtet worden seien: Herkunft und Struktur der Kundenbeziehungen seien unzureichend geprüft worden, in einzelnen Fällen habe die Bank dazu beigetragen, bestehende Vermögenssperren zu umgehen.

## **Die »falschen« Kunden**

Also leitete die Finma im Juni 2024 ein Liquidationsverfahren ein, doch eine Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht setzte die angeordneten Maßnahmen vorübergehend außer Kraft. Mbaer operierte weiter – bis die Abteilung für Finanzkriminalität des US-Finanzministeriums (FinCEN) Anfang April 2026 eingriff. Sie setzte die Bank auf eine Liste mit Sondermaßnahmen für Finanzinstitute, bei denen ein erhöhtes Geldwäscherisiko besteht, und drohte, sie vom US-Dollar-System auszuschließen – eine Maßnahme, die in Finanzkreisen auch »kiss of death«, Todeskuss, genannt wird. Allein die Drohung der FinCEN hatte zur Folge, dass sich US- und Korrespondenzbanken umgehend zurückzogen und die Mbaer faktisch isoliert wurde.

Solange der Druck nur von der Schweizer Aufsicht ausgeübt wurde, konnte Michael Bär sein Geschäft offenbar unbeirrt weiterführen. Mit dem Eingreifen der FinCEN änderte sich die Situation so abrupt, dass Michael Bär angeblich noch am selben Tag durch die Hintertür seiner Bank verschwunden sei – laut dem Finanznachrichtenportal *Inside Paradeplatz* (15.3.2026), ohne sich zu verabschieden, dafür mit den Kunstgegenständen aus den Sitzungsräumen. Das ist mehr als eine Anekdote. Die Geschichte verdeutlicht die Machtstellung der FinCEN, die über herkömmliche Finanzregulierung hinausreicht und die es den USA erlaubt, solche Maßnahmen gezielt als geopolitisches Instrument einzusetzen.

Spätestens seit 2020 soll MBAer in Aktivitäten rund um venezolanische Sanktionsumgehungs- und Korruptionsnetzwerke involviert gewesen sein und Verbindungen zur staatlichen venezolanischen Ölgesellschaft PDVSA gepflegt haben – mehrere Millionen Barrel Öl sind gemäß FinCEN unter Umgehung der US-Sanktionen gehandelt worden. Die US-Behörde verweist zudem auf den hohen Anteil russischer Kunden, die Bank soll bei der Finanzierung der russischen Kriegswirtschaft behilflich gewesen sein. Nicht zuletzt soll MBAer geholfen haben, Einnahmen aus dem Verkauf iranischen Öls an das iranische Regime zu leiten. Über die Zürcher Bank hätten sanktionierte Personen Zugang zum US-Finanzsystem erhalten, »die materielle Unterstützung für Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierungsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Iran leisten, einschließlich der Unterstützung iranischer ausländischer Terrororganisationen«, so die FinCEN in einer Pressemitteilung am 26.2.2026.

## **Alle auf Linie bringen**

Der Finma sind die Hände gebunden, die FinCEN handelt – auch als Teil des Versuchs, den Niedergang des US-Imperiums aufzuhalten und geopolitischen Rivalen zu schaden. Die neue »Sicherheitsstrategie« der USA sieht ein Zurückdrängen konkurrierenden, vor allem chinesischen Einflusses aus allen strategisch wichtigen Regionen der Welt vor – militärisch wie ökonomisch.

Je wackliger die hegemoniale Stellung der USA, desto konfrontativer wird deren Strategie auch gegenüber störrischen Elementen des »eigenen Blocks« – das bekam die Schweiz bereits vor rund einem Jahr über hohe Strafzölle bis zu 39 Prozent zu spüren. Die Idee einer Reindustrialisierung der USA mag dabei eine Rolle gespielt haben, doch im Grunde geht es weniger um klassische industriepolitische Schutzmaßnahmen als vielmehr um die Durchsetzung einer globalen Ordnung, in der Handelsbeziehungen an politische Loyalität gekoppelt werden. Trump macht Schluss mit Ausnahmen und lässt selbst bei sonst engen Partnern keine Abweichung mehr zu: Ökonomische Integration soll entlang politischer Linien organisiert werden.

Dieser Wandel zeichnet sich auch im Technologiesektor ab: Der Zugang zu zentralen Schlüsseltechnologien – etwa fortgeschrittenen KI-Chips – wird systematisch eingeschränkt und an geopolitische Blockzugehörigkeit gebunden. Anfang 2025 erstellten die USA eine Liste, in der Staaten in »vertrauenswürdig« und »nicht vertrauenswürdig« eingeteilt wurden. Nur erstere sollen uneingeschränkten Zugang zu zentralen Rohstoffen und Bauteilen der heutigen Industrieproduktion erhalten – die Schweiz zählt nicht dazu.

Dadurch werden wirtschaftliche Entscheidungen zunehmend sicherheitspolitisch überformt. Angesichts der Erosion der US-Hegemonie wird die Kontrolle über zentrale Infrastrukturen, globale Lieferketten und technologische Schlüsselindustrien sowie der Dollar als Leitwährung von Washington immer offensiver genutzt. Zölle, Sanktionen oder Ausschlüsse aus Finanzsystemen sind ein Instrumentarium, um Verbündete zu disziplinieren und Unentschlossene zur Positionierung zu zwingen. Für intermediäre Akteure wie den Schweizer Finanzplatz bedeutet die immer stärkere Fragmentierung der Weltwirtschaft, dass der bisherige Handlungsspielraum – das Navigieren zwischen Machtblöcken – systematisch eingeschränkt wird. Genau in diesem Spannungsfeld ist auch der Fall der M&A zu verorten – nicht als Ausreißer, sondern als Symptom für einen Finanzplatz, der sich unter äußerem Druck anpassen muss.

## **Attraktiv für das Kapital**

Die Anfänge des Schweizer Offshore-Geschäfts liegen weit zurück. Bereits Anfang des 18. Jahrhunderts etablierte der Grosse Rat von Genf eine Frühform des Bankgeheimnisses, die es Banken untersagte, gegenüber Dritten Auskunft über ihre Kunden zu geben. Rund ein Jahrhundert später profitierte der Schweizer Finanzplatz von der politischen Instabilität im Zuge des deutsch-französischen Krieges, da er als sicherer Zufluchtsort Kapital anzog. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte die Schweiz im Wettbewerb mit anderen Finanzzentren schrittweise ihre spezifische Rolle als internationale Vermögensverwalterin. Es gelang ihr, massenhaft ausländisches Kapital anzuziehen und – mangels Anlagemöglichkeiten im Inland – selbst wieder im Ausland anzulegen.

Um 1900 verschärften zahlreiche umliegende Staaten ihre regulatorischen Rahmenbedingungen, während sich die Schweiz zunehmend als diskreter und verlässlicher Finanzplatz positionierte. Die Verbindung von »schweizerischer Diskretion« mit einer stabilen Währung, vergleichsweise gefestigten politischen Verhältnissen, einer als neutral wahrgenommenen Außenpolitik sowie einer moderaten Steuerpraxis machte den Standort besonders attraktiv für ausländisches Kapital.

Im Zuge der Deregulierungsschübe im Finanzsektor, die als Reaktion auf sinkende Profitraten seit den 1970er Jahren einsetzten, wandten sich Investoren und Unternehmen verstärkt den Finanzmärkten zu, weil dort höhere Renditen winkten als in der Realwirtschaft. Geldhäuser entwickelten sich zunehmend zu Investmentbanken und traten damit in direkte Konkurrenz zu den traditionellen Schweizer Instituten. Gleichzeitig etablierten sich neue Einrichtungen wie Hedgefonds und alternative Vermögensverwalter, die den Wettbewerb im Finanzsektor weiter verschärften. Die Zürcher Bankiers, »in ihren bescheidenen, diskreten Häuschen, blieben Zwerge«, wie der britische Ökonom Michael Roberts schreibt, »überragt von den sich in London, New York, später Dubai und Shanghai auftürmenden Wolkenkratzern«<sup>1</sup>.

Über die Jahre erodierte das Geschäftsmodell der Schweizer Banken immer weiter. Mit der Finanzkrise von 2008, die einen Beinahe-Crash der UBS zur Folge hatte und die kapitalistischen Zentren weltweit in eine Depression trieb, verschoben sich weitere große Teile des globalen Vermögens in die asiatischen

Finanzplätze. Schattenbanken oder Intermediäre wie die Investmentgesellschaft Blackrock gewannen durch die Bankenregulierungen, mit denen die Regierungen auf den schweren Einbruch reagierten, enorm an Bedeutung.

Zusätzlich schwächten Interventionen von außen den Schweizer Finanzplatz. Einen frühen Bruch mit dem alten Geschäftsmodell markierten die Auseinandersetzungen um die sogenannten »nachrichtenlosen Vermögen« aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs – Vermögen, die Opfer des Holocausts auf Schweizer Banken deponiert hatten und deren Rückgabe an die Überlebenden oder an Familienangehörige nach Ende des Krieges vielfach verweigert wurde. Unter internationalem, insbesondere US-amerikanischem Druck sahen sich Schweizer Banken gegen Ende der 1990er Jahre gezwungen, ihre Praxis offenzulegen und Entschädigungen zu leisten. Seit der Finanzkrise von 2008 häufen sich außerdem politische Angriffe von Staaten, die sich um ihr Steuersubstrat betrogen fühlen. Die USA gingen entschieden gegen Steuerhinterziehung und Sanktionsverstöße vor und zwangen Schweizer Banken zur Kooperation – etwa durch die Herausgabe von Kundendaten und milliardenschwere Vergleichszahlungen. Ähnliches gilt für Deutschland: Wiederholt beschafften sich deutsche Behörden Datenträger mit Informationen zu un versteuerten Auslandskonten und leiteten Tausende Verfahren ein.

## **Still too big to fail**

Große Institute wie die UBS oder Credit Suisse zogen sich in der Folge aus besonders riskanten Geschäftsfeldern zurück, verschärften ihre Compliance-Systeme und passten ihre Geschäftsmodelle an die neuen regulatorischen Realitäten an. Das traditionelle Geschäftsmodell der diskreten, grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung wurde schrittweise zurückgedrängt. Die Umstellung auf neue Geschäftsmodelle gelang allerdings nicht reibungslos – eines der beiden Flaggschiffe des Schweizer Finanzplatzes ging daran zugrunde: Während sich die UBS nach der staatlichen Rettung 2008 relativ schnell neu positionierte, gelang der Credit Suisse die strategische Neuausrichtung nicht. Die Bank hatte weiter mit Skandalen, hohen Verlusten und einem schwindenden Vertrauen der Kundschaft zu kämpfen. Um Erträge zu sichern, verlagerte sie ihr Geschäft verstärkt ins Investmentbanking und versuchte zugleich, ihre Vermögensverwaltung neu auszurichten.

Diese Doppelstrategie erwies sich als instabil: Die Credit Suisse konnte im global verschärften Wettbewerb nicht nachhaltig bestehen. Anfang 2023 kam es zum raschen Abzug großer Kundengelder, zentrale Investoren stellten kein frisches Kapital mehr bereit. Die darauf folgende Übernahme der Credit Suisse durch die UBS war keine normale marktgetriebene Transaktion, sondern eine politisch orchestrierte Notmaßnahme. Innerhalb weniger Tage setzten Bundesrat, Nationalbank und Aufsichtsbehörden einen Deal durch, bei dem die UBS ihre Konkurrentin zu einem Bruchteil ihres Buchwerts übernahm. Flankiert wurde die Übernahme durch umfangreiche staatliche Garantien und Liquiditätshilfen in dreistelliger Milliardenhöhe.

Kurzfristig gelang es damit, eine unkontrollierte Bankenpleite und ein mögliches Übergreifen der Krise auf das globale Finanzsystem zu verhindern. Der unmittelbare Vertrauensverlust wurde gestoppt, ein abrupter

Zusammenbruch des Finanzmarkts abgewendet. In diesem Sinne war die Übernahme erfolgreich. Die strukturellen Widersprüche des Finanzsystems wurden damit jedoch nicht beseitigt, sondern vielmehr verschoben und teilweise verschärft. Mit der Integration der Credit Suisse entstand eine noch größere, noch stärker vernetzte Großbank, deren Bilanzsumme die Wirtschaftsleistung der Schweiz bei weitem übersteigt. Das »Too big to fail«-Problem wurde auf eine neue Ebene gehoben: Die Abhängigkeit des Staates von einem einzelnen Institut hat weiter zugenommen, während gleichzeitig die politischen Handlungsspielräume im Krisenfall enger geworden sind. Ein erneutes Scheitern wäre kaum mehr durch eine vergleichbare Rettungsaktion aufzufangen, ohne die öffentlichen Finanzen zu ruinieren.

## **Ein typischer Kompromiss**

Dieses Dilemma drückt sich auch im aktuellen Streit zwischen der Finanzministerin Karin Keller-Sutter und UBS aus. Mit der Übernahme der Credit Suisse ist die UBS zur letzten systemrelevanten Großbank des Landes geworden – und zugleich zu einem Klumpenrisiko, das die Tragfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft herausfordert. Anleger und eine breite Öffentlichkeit fordern Stabilität und strengere Regeln, doch die Politik sucht einen Mittelweg. Die vorgeschlagenen Maßnahmen – etwa eine vollständige Kapitalunterlegung von Auslandstöchtern – werden zwar grundsätzlich befolgt, ihre Umsetzung jedoch über lange Übergangsfristen und abschwächende Detailbestimmungen flexibel gehalten. Parallel wächst der Druck von Wirtschaftsverbänden und bürgerlichen Parteien, die Wettbewerbsfähigkeit der UBS nicht zu gefährden.

Letztlich zeichnet sich ein typisch schweizerischer Kompromiss ab: vordergründig entschlossene Regulierung bei gleichzeitig begrenzter realer materieller Belastung der Bank. So will die Politik Handlungsfähigkeit demonstrieren und Vertrauen stabilisieren, ohne die strukturelle Rolle der UBS ernsthaft in Frage zu stellen. Von innen heraus bleibt der Reformdruck also begrenzt – zu zentral ist der Finanzplatz für das schweizerische Erfolgsmodell. Mit rund neun Prozent Anteil am BIP und rund fünf Prozent Anteil an den Beschäftigten spielt der Bankensektor in der Volkswirtschaft der Alpenrepublik nach wie vor eine bedeutende Rolle. So erscheint die Offensive der Finma weniger als Ausdruck eines aktiven Regulierungswillens denn als erzwungene Anpassung an äußeren Druck.

Der Fall M&A zeigt eindrücklich: Die Nachfrage nach risikoreichen, diskreten Finanzdienstleistungen besteht weiterhin, doch ihre Bereitstellung wird für Schweizer Banken zunehmend kostspielig. Die Schweiz operiert im globalen Kapitalismus primär als Drehscheibe für internationale Kapitalströme – nicht aber als Instanz, die deren Regeln festlegt. Der Erfolg der eidgenössischen Finanzinstitute beruhte lange darauf, zwischen unterschiedlichen Rechtsräumen und Machtblöcken zu vermitteln. Heute werden diese Spielräume kleiner. Die Konkurrenz wächst, die Weltwirtschaft fragmentiert sich entlang geopolitischer Linien, die US-Hegemonie versucht, ihre schwindende Dominanz mit wachsender Härte durchzusetzen. Die »Zwerge von Zürich« geraten damit nicht einfach nur unter regulatorischen Druck – die Weltordnung, in der sie reich wurden, weil politische Neutralität das beste Geschäftsmodell war, bricht zusammen.

→ Anmerkungen

1 Michael Roberts: Aufstieg und Fall des Schweizer Bankwesens. In: Arman Spéth, Dominic Iten und Lukas Brügger (Hrsg.): Schweizer Kapitalismus. Erfolgsmodell in der Krise. Wien 2025, S. 116-134

→ Dominic Iten schrieb an dieser Stelle zuletzt am 28. Oktober 2025 über die Geschichte der Schweizer Linken zwischen den beiden Weltkriegen: »[Die eidgenössische Linke](#)«

*<https://www.jungewelt.de/artikel/522938.schweiz-die-grenzen-der-neutralität.html>*